

*Matthias Z. Karádi*

## **Machtwechsel in Belgrad**

### **Beitrag für NDR 4 - Streitkräfte und Strategien, am 07.10.2000**

Nach vier Kriegen, Hundertausenden von Toten und Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen hat nun offenbar der letzte Akt der "jugoslawischen Erbfolgekriege" begonnen. Der Spruch des jugoslawischen Verfassungsgerichts, welches die Präsidentschaftswahlen für ungültig erklärte und eine Wahlwiederholung bis Juni 2001 forderte, brachte das Fass letztlich zum Überlaufen. Zu offensichtlich trug das Gerichtsurteil die Handschrift von Slobodan Milosevic, der damit auf Zeit spielen wollte. In der Folge nahmen die Massenproteste zu. Tausende stürmten das Parlament und besetzten das staatliche Fernsehen. Panzer fuhren in Belgrads Straßen auf. Für einen kurzen Augenblick schien ein blutiger Bürgerkrieg unausweichlich. Zur allgemeinen Überraschung blieben jedoch die Panzerrohre kalt, das Militär in den Kasernen und selbst die Truppen der Sonderpolizei des Innenministeriums schossen nicht auf die Demonstrierenden, sondern verbrüdereten sich sogar mit ihnen. Was keiner mehr zu hoffen wagte, scheint am 5. Oktober 2000 seinen Anfang genommen zu haben: Ein friedlicher, demokratischer und nahezu unblutiger Machtwechsel in Belgrad. Mit Slobodan Milosevic tritt damit zugleich der letzte sozialistische Machthaber von der Bühne, der die Wende von 1989 überdauert hat.

Auch wenn es noch zu früh ist, um endgültige Prognosen abzugeben und Milosevic immer für eine Überraschung gut ist, scheint doch vorsichtiger Optimismus angebracht. Je länger die Massenproteste andauern, umso unwahrscheinlicher wird ein gewaltsames Vorgehen der Armee- und Polizeieinheiten. Es war in jeder Hinsicht ein kluger Schachzug Kostunicas, seine Anhänger dazu aufzurufen, die Kundgebungen auch in der Nacht vom 5. zum 6. Oktober fortzusetzen, um damit das Gesetz des Handelns nicht aus der Hand zu geben. Armee und Polizei hätten

somit nur um den Preis eines hohen Blutzolls die strategisch wichtigen Positionen in Belgrad wie das Parlament und das staatliche Fernsehen wieder unter ihre Kontrolle bringen können. Glücklicherweise waren jedoch weder die Armee- noch die Polizeiverbände bereit, das Feuer auf die eigene Bevölkerung zu eröffnen. Mit der konstituierenden Sitzung des jugoslawischen Parlaments und der Ernennung Kostunicas zum jugoslawischen Präsidenten am 8. Oktober, scheint das Ende der 13-jährigen Milosevic-Ära nunmehr endgültig besiegelt.

Eine Schlüsselrolle bei diesem Machtwechsel spielte zweifelsohne die jugoslawische Armee und die Polizei-Truppen des Innenministeriums. Die Stimmung innerhalb der Militär- und Polizeiverbände war und ist schwer abzuschätzen. Ganz offensichtlich haben jedoch auch Soldaten und Polizisten bei den Präsidentschaftswahlen zum größeren Teil für den Oppositionskandidaten Vojislav Kostunica gestimmt. Vor allem letztere galten als die eigentliche Stütze und Machtbasis des Milosevicregimes.

Führt man sich die Geschichte der jugoslawischen Armee seit Tito vor Augen, so war diese zwar stets loyal gegenüber den jeweiligen Machthabern, verhielt sich zugleich aber auch bei den vorherigen Machtkämpfen in der Regel neutral. Mit anderen Worten: Die jugoslawische Volks- und spätere Bundesarmee war und ist ihrem Selbstverständnis nach keine Bürgerkriegstruppe, sondern ausschließlich für die Verteidigung des Landes gegen äußere Feinde zuständig. Dies schloss selbstverständlich auch militärische Einsätze gegenüber den abtrünnigen Republiken Kroatien und Bosnien und der sezessionsbereiten autonomen Provinz Kosovo nicht aus. Bereits bei den Massenprotesten des damaligen Oppositionsbündnisses "Zajedno" zum Jahreswechsel 1996/1997 verhielt sich die Armee jedoch neutral. Die Armeespitze hat seitdem einige Säuberungen hinter sich und ist in der Spitze nur noch mit loyalen Kräften besetzt. Zuletzt musste der Armeeführer Momcilo Perisic sein Amt abgeben. Dieser hat sich inzwischen der Opposition angeschlossen. Auch wenn der Armee vor kurzem eine neue Doktrin verpasst wurde, die verstärkt auch den Einsatz im Inneren vorsieht, hat im Vorfeld der Wahlen vom 24. September

2000 der neue Chef des Generalstabs, Nebojsa Pavkovic, verlauten lassen, die Armee werde unabhängig vom Ausgang des Wahlergebnisses in den Kasernen bleiben. Da überdies ein Großteil der etwa 90.000 Mann starken Truppe aus schlecht bezahlten und demoralisierten Wehrpflichtigen besteht, konnte man die begründete Hoffnung hegen, dass die Armee sich nicht in einen Bürgerkrieg verwickeln lassen würde.

Weitaus überraschender bleibt jedoch das Verhalten der Sonderpolizei des Innenministeriums (MUP). Diese 100.000 Mann starke Truppe galt gegenüber dem Milosevic-Regime als absolut loyal und war zuständig für die "Drecksarbeit". Diese wurde auch entsprechend honoriert. Denn im Gegensatz zu den einfachen Soldaten, wurden die Truppen der Sonderpolizei äußerst gut bezahlt und versorgt. Rekrutiert wurde diese "Prätorianergarde" überwiegend aus den Reihen von kroatischen und bosnischen Serben, die nach den verlorenen Kriegen in die Bundesrepublik Jugoslawien geflohen waren und denen die serbische Staatsbürgerschaft meist vorenthalten wurde. Diese bildeten seit den 90er Jahren den Kern der Truppe. Nicht nur in Kroatien und Bosnien, sondern auch und gerade im Kosovo waren diese Einheiten ob ihrer Grausamkeit und Brutalität gehasst und gefürchtet. Unter Balkan-Experten galt es als sicher, dass diese Verbände bis zuletzt und bedingungslos für die Milosevic-Getreuen kämpfen würden, zumal bei einem Regimewechsel auch ihre vergleichsweise privilegierten Positionen in Gefahr sind. Erst als auch dieser Machtpfeiler bröckelte, wurde der Wechsel möglich. Der kritische Punkt war zweifelsohne der Sturm auf das Parlament. Hätten die Polizeitruppen dort das Feuer eröffnet, hätte der 5. Oktober in einem Blutbad enden können. So dürfte dieses Datum als der Anfang vom Ende der Ära Milosevic in die Geschichtsbücher eingehen.

Dreizehn Jahre Milosevic und vier verlorene Kriege haben aus Serbien das Armenhaus Europas gemacht. Der durchschnittliche Monatslohn liegt bei unter 80 Mark. Mit der Vereidigung Kostunicas steht nun der Westen und in erster Linie die

EU im Wort. Bereits am Montag sollen die Sanktionen gegen Jugoslawien aufgehoben werden. Serbien muss unverzüglich in die Programme des Stabilitätspaktes integriert werden. Eine Geberkonferenz der Weltbank sollte so schnell wie möglich organisiert werden. Zugleich sollte man sich in der ersten Euphorie jedoch auch keinen Illusionen über den neuen jugoslawischen Präsidenten hingeben. Kostunica ist alles andere, als die "demokratische Lichtgestalt", die viele schon in ihm sehen wollen. Was den Status des Kosovo und die Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal betrifft, vertritt dieser dieselben Positionen wie sein Vorgänger. Mit dem Ende von Milosevic schwindet auch der kleinste gemeinsame Nenner der westlichen Balkanpolitik, der da lautete: Milosevic muss weg. Mit dem Rücktritt des dämonisierten Kriegsverbrechers ist jedoch noch keines der vielen Probleme gelöst. Wie die zukünftige Gestalt der jugoslawischen Föderation mit Montenegro und dem Kosovo aussehen wird, ist nach wie vor vollkommen offen. So steht zu erwarten, dass Kostunica die Einhaltung der Bestimmungen der UN-Resolution 1244 einklagen wird, die jugoslawische Grenzposten und Polizeieinheiten für das Kosovo vorsehen. Dies wiederum dürfte für neue Unruhe bei den nach Unabhängigkeit strebenden Kosovo-Albanern sorgen. Mit anderen Worten: Die EU, die USA und Rußland kommen nicht umhin, eine Gesamtstrategie für Südosteuropa zu entwickeln. Diese ist mit dem Stabilitätspakt zwar in Ansätzen vorhanden, für die internationale Diplomatie dürfte jedoch die eigentliche Arbeit jetzt erst beginnen.